

Kleine Anfrage

## Islam-Studie

---

Frage von Landtagsabgeordneter Harry Quaderer

Antwort von Regierungsrätin Dominique Gantenbein

### Frage vom 08. November 2017

Das Gesellschafts- und Innenministerium der Vorgängerregierung haben das Liechtenstein-Institut beauftragt, eine Studie zum muslimischen Leben in Liechtenstein gemäss von ihnen erarbeitetem Konzept auszuarbeiten. Der wichtigste Aspekt der nun vorliegenden Studie ist, dass es keine radikalisierten Muslime in Liechtenstein zu geben scheint. Für Kenner der Materie erscheint diese Studie und deren Qualität eher ein bisschen dürftig, da die Studie auf Zahlen und Angaben zurückgriff, die schon mehrere Jahre alt sind. Damit dürften dann wohl auch einige Aussagen eine kleine Bedeutung gehabt haben. Angaben zur aktuellen Situation im Sozial- und Bildungsbereich schienen gänzlich ausgeblendet. Meine Fragen:

1. Wie beurteilt die jetzige Regierung, das heisst Gesellschafts- und Innenministerium, den Inhalt dieser Studie?
2. Wie viele Personen, in welcher Position, wurden zu dieser Studie befragt?
3. Wurden Lehrer und Lehrerinnen unserer Schulen zum Thema Islam und ihren Erfahrungen mit muslimischen Schülern und Schülerinnen auch befragt?
4. Was ist das übergeordnete Fazit dieser Studie?
5. Was hat diese Studie gekostet?

### Antwort vom 10. November 2017

Zu Frage 1:

Die von der Vorgänger-Regierung im 2016 in Auftrag gegebene Studie des Liechtenstein-Instituts bildet ein erstes Grundlagenwerk zum muslimischen Leben in Liechtenstein und kann als Basis für die öffentliche Diskussion im Umgang mit dem Islam in Liechtenstein sowie als Grundlage für allfällige Handlungsmassnahmen dienen. Es gab bisher keine vergleichbare Studie zum Islam und Menschen muslimischen Glaubens in Liechtenstein. Die Studie beinhaltet lediglich Teilaspekte des muslimischen Lebens und bildet keine ganzheitliche systemische Erhebung dieses Themas.

Zu Frage 2:

Wie viele Personen, in welcher Position, für die Studie befragt wurden, kann dem jeweiligen Kapitel der Studie entnommen werden. In Bezug auf den Religionsunterricht wurde prioritär mit den zuständigen Personen des Schulamtes gesprochen. Es wurden jedoch auch Eltern in Bezug auf ihre Erfahrungen befragt. Im Bereich der Jugendarbeit in den Gemeinden wurden Interviews mit mehreren leitenden Personen durchgeführt. In Bezug auf die Situation der Religionsgemeinschaften wurde mit mehreren Vertretern der muslimischen Gemeinschaften sowie mit Verantwortlichen aus dem interreligiösen- bzw. Integrationsbereich in Liechtenstein und den angrenzenden Ländern gesprochen.

Zu Frage 3:

Eine Befragung von Lehrern und Lehrerinnen in Bezug auf ihre Erfahrungen mit muslimischen Schülern und Schülerinnen fand nicht statt. Umfangreiche Befragungen auf individueller Ebene hätten den Rahmen dieser erstmaligen Studie gesprengt. Vom methodischen Ansatz her ging es betreffend das Kapital Bildung und Sprache primär darum, die vorhandenen Daten erstmalig eingehend zu analysieren.

Zu Frage 4:

Die Studie zeigt, dass die Gruppe der Muslime in Liechtenstein sehr heterogen ist. Sie umfasst sowohl Personen, welche schon in dritter Generation im Land leben und die Staatsbürgerschaft besitzen als auch Flüchtlinge, welche weder unsere Sprache noch unsere Schriftzeichen kennen.

Aktuell bestehen in Liechtenstein zwei Moscheegemeinden, die beide einen türkischen Hintergrund aufweisen, welche gemäss Ausführungen keinen radikalisierten oder extremistischen Islam vertreten, sondern einen Islam europäischer Prägung. Wie die Studie weiter ausführt, sind in Liechtenstein keine Anzeichen für radikalisierte Gruppen erkennbar.

Dass die Forscher keine Hinweise auf radikalisierte Gruppen in Liechtenstein gefunden haben, ist erfreulich, aber aus Sicht des Innenministeriums nicht der ‚wichtigste Aspekt‘ dieser Studie. Dies weil es sich beim Liechtenstein-Institut einerseits um keine Sicherheitsbehörde handelt und andererseits die Regierung bei diesem keinen Lagebericht zum islamischen Extremismus in Auftrag gegeben hat. Selbstverständlich wird die internationale, regionale und nationale Entwicklung hinsichtlich möglicher Radikalisierungen weiter beobachtet und die internationale Zusammenarbeit gepflegt. Davon betroffen sind jedoch nicht nur islamistische Bewegungen, sondern auch andere Formen von Extremismus.

Die Regierung befasst sich unabhängig von den Erkenntnissen der Studie mit der Gefahr der Radikalisierung. Dabei verfolgt sie einen interdisziplinären und interinstitutionellen Ansatz, um frühzeitig Radikalisierung zu erkennen und zu verhindern. Unter dem Dach der Gewaltschutzkommission wurde eine Fachgruppe Extremismus eingesetzt, die als Anlauf- und Fachstelle fungiert. Von der Fachgruppe wurde auch ein Leitfaden für das Vorgehen beim Verdacht von sich radikalisierenden Jugendlichen an Schulen und in der offenen Jugendarbeit ausgearbeitet.

Aus Sicht des Bildungsministeriums hat die Sprachförderung als zentrale Integrationsmassnahme weiterhin eine hohe Bedeutung.

Zu Frage 5:

Die Kosten für die Studie haben sich auf CHF 40'000 belaufen.